

# BESCHLUSS

---

**des Präsidiums der FDP, Berlin, 10. Oktober 2022**

---

## An der Seite der iranischen Frauen im Kampf um Freiheit

Der Tod von Mahsa Amini in Gewahrsam der iranischen Sicherheitsbehörden hat in vielen Regionen im Iran eine Welle des Protests hervorgerufen. Die iranischen Sicherheitsbehörden gehen mit brutaler Gewalt gegen diese Proteste vor und haben den Zugang zu Informationen durch die Abschaltung des Internets massiv eingeschränkt. Schon jetzt ist klar, dass viele Opfer und insbesondere Frauen ihr mutiges Einstehen für Freiheit und Demokratie mit ihrem Leben bezahlen mussten. Angesichts der seit Jahren steigenden Zahl von Hinrichtungen und Folter im Iran und der Vollstreckung der Todesstrafe auch an Minderjährigen sind weitere gewalttätige Maßnahmen des Regimes zu befürchten.

Das patriarchale und islamistische Mullah-Regime im Iran übt seit Jahrzehnten auf verschiedensten Ebenen Macht gegenüber Frauen aus und sorgt für eine fortbestehende massive Unterdrückung. Der Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert. Damit sind Menschenrechtsverletzungen nicht nur ein Verbrechen gegenüber der eigenen Bevölkerung, sie sind immer auch ein internationaler Vertragsbruch. Als Freie Demokraten setzen wir uns für die Einhaltung der Menschenrechte weltweit aktiv ein, denn Staaten sind völkerrechtlich verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen in ihrem Hoheitsgebiet zu verhindern. Wir bekennen uns zu einer Außenpolitik, die jegliche Dimensionen der Unterdrückung von Frauen mitdenkt und außenpolitische Entscheidungen stets auch insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen prüft. Entsprechend ist es für uns auch selbstverständlich, dass die jüngsten Ereignisse und massiven Verstöße gegen fundamentale Freiheitsrechte im Iran einer Reaktion bedürfen.

### **Solidarität mit den Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfern im Iran**

Als Freie Demokraten stehen wir an der Seite jedes einzelnen Menschen, der von einem Regime unterdrückt wird und sich nach Freiheit sehnt. Wir kämpfen für eine Welt der Menschenrechte; für eine Welt, in der jeder Mensch friedlich protestieren kann; für eine Welt, in der Frauen frei und sicher sind. Wir fordern das Mullah-Regime dazu auf, die brutale Repression friedlicher Demonstrationen sofort einzustellen und die Freilassung Festgenommener, die gewaltlos demonstriert haben. Zudem fordern wir ein Ende der Internetzensur im Iran und stattdessen für die gesamte Bevölkerung einen ungehinderten und allumfassenden Zugang zu Informationskanälen. Während autokratische Regime sich gegenseitig mit Zensur-Technologie unterstützen, sollte die EU prüfen, was sie ihrerseits tun kann, um freien Zugang zu Informationen zu unterstützen, wie zum Beispiel durch Zugang zu VPN-Infrastruktur.

Die Iranerinnen und Iraner sollten selbst auf demokratischem Wege frei über die Zukunft ihres Landes entscheiden können, ohne dass durch das Mullah-Regime und deren Wächterrat Einfluss auf ihr aktives und passives Wahlrecht ausgeübt wird.

### **Sofortige und transparente Aufklärung der Vorkommnisse**

Wir fordern eine sofortige und lückenlose Aufklärung des Todes von Mahsa Amini durch unabhängige Instanzen. Allen bereits erfolgten gewalttätigen Akten der Sicherheitsbehörden im Iran muss unabhängig nachgegangen werden. Jedem Opfer von Gewalt während der Proteste muss justizielle Gerechtigkeit zukommen.

### **Sanktionen gegen verantwortliche Menschenrechtsverletzer**

Wir begrüßen die von den USA erlassenen Sanktionen gegen die iranische Sittenpolizei, die insbesondere gegen Frauen mit starker Repression vorgeht. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die EU es nicht bei der Verurteilung dieser Menschenrechtsverletzungen belässt. Stattdessen sollte die EU ebenfalls Sanktionen gegen Beamte der Sittenpolizei und Angehörige der Revolutionsgarde sowie weitere Regime-Verantwortliche für diese Menschenrechtsverletzungen erlassen. Sofern dies kurzfristig nicht im Gleichklang aller EU-Staaten möglich ist, muss Deutschland vorangehen und diese Sanktionen in einer Allianz der dazu gewillten Länder in Europa umsetzen. Im Rahmen solcher personenbezogenen Sanktionen sollte für die Betroffenen auch eine Visa-Sperre verhängt, sowie Vermögen in Europa eingefroren werden. Zudem sollten die iranischen Botschafter in der EU formell einbestellt werden.

### **Nachhaltige Stärkung der Rechte von Frauen im Iran**

Um den Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung der iranischen Frauen zu unterstützen, schlagen wir zudem vor, dass Frauen, die im Iran um ihr Leben fürchten, die Möglichkeit einer Antragstellung eines humanitären Visums in deutschen Auslandsvertretungen im Iran und in iranischen Nachbarländern erhalten. Zudem fordern wir, dass alle außenpolitischen Entscheidungen mit Bezug auf den Iran in Zukunft eine vorherige Anhörung und besondere Beachtung von freiheitlich-demokratisch orientierten iranischen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen berücksichtigen.

Ferner darf es keinen Export von Gesichtserkennungs-Software geben, die der Iran im Öffentlichen Raum, vor allem dem ÖPNV, dafür einsetzt, Frauen durch die Sittenpolizei zu verfolgen.

### **Fortsetzung des Atomabkommens hinterfragen**

Die EU muss sich die dringende Frage stellen, ob die Fortsetzung des Atomabkommens Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) mit dem Iran im Lichte der dramatischen Entwicklungen noch vertretbar ist. Verhandlungen mit einem Regime zu führen, das jegliche Legitimation eingebüßt hat, ist hochgradig problematisch. Eine Fortsetzung der Atomverhandlungen mit Iran ist nur dann nachvollziehbar, wenn gleichzeitig und gleichrangig über die eklatanten Menschenrechtsverletzungen gesprochen wird. Auch die äußerst konfliktäre geopolitische Rolle des Iran muss unumwunden auf den Tisch. Iran erschüttert den gesamten Nahen und Mittleren Osten. Ob Irak, Syrien oder Jemen – Iran ist in der Region verantwortlich für Destabilisierung und eklatante Menschenrechtsverletzungen. Zudem unterstützt die iranische Führung Russland im völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine mit Drohnen und verfolgt darüber hinaus das Ziel, Israel von der Landkarte zu tilgen. Ohne eine ernste und gleichwertige Berücksichtigung dieser Aspekte ist die Fortführung des Atomabkommens sinnlos.